

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

22.4.1919 (No. 111)

Bestellungspreis
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert viertel-
jährlich 4.80 Mk., mo-
natlich 1.60 Mk., an-
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.50 Mk.
Kassenzahlung durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 4.62 Mk., Ein-
selnummer 10 Pf.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Kaiserstraße 1

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die Zeit. Nonpareil-
zeile oder deren Raum
25 Pf., Restame, 1 Mk.,
an erst. Stelle 1.20 Mk.,
Auf diese Preise
80% Zuerstzulage.
Nacht nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen kost.
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschl.:
Geschäftsstelle Nr. 205.
Berlin Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Geschäftsführer: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Gollmeyer; für Baden, Solothurn und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Dellemer; für Anzeigen: Paul Lukmann. Druck und Verlag: C. B. Müllerische Buchhandlung m. b. H., Kämmerle in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Gellert, Friedenau, Breitenstraße 62/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Mühen und Kosten der Redaktion sind zu bezahlen.

116. Jahrg.

Dienstag, den 22. April 1919

Nr. 111.

Das Versailles Dilemma

Wohl noch nie, auch während des Krieges nicht, haben die Völker ein Dilemma so voll Spannung und Unruhe erlebt, wie diesmal 1919. Es hätte der allgemeinen Stimmung Rechnung getragen, wenn man zum Aufhebungstage den Vorfrieden oder doch die Möglichkeit, ihn abzuschießen, geboten hätte. Aber die Verhandlungsregie in Paris verschieben sich offenbar nicht auf solche Imponderablen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die große Entscheidung: Unterwerfung Deutschlands oder nicht — erst Anfang Mai fällt.

Die Deutschen werden in Versailles in aller Stille und Abgesandtheit untergebracht werden. Denn der für ihre Sicherheit verantwortliche Polizeipräsident garantiert für nichts, wenn die Verhandlung des Pariser Publikums durch den Wiederantritt freier Deutscher gereizt wird. Schon das ist bezeichnend für diese merkwürdigen aller Friedenskonferenzen. Sie findet statt in dem Lande, dessen imperialistische Politik, geführt von einem verfallenen wütenden Greise, nur Rache und Vergeltung und nichts anderes will. Sie findet statt im Spiegelssaal des Schlosses von Versailles, in demselben Räume, in dem Wikand am 18. Januar 1871 sein Werk durch Ausrufung des preussischen Königs zum Deutschen Kaiser krönte. Der Gegenstand von damals zu heute soll den verhassten Boden bis in die kleinste Einzelheit zum bittersten Bewußtsein gebracht werden. So will es der gallische Nachbarkönig.

Man ist ja auch, trotz der jüngsten nachgiebigeren Note der Alliierten, immer noch entschlossen, keine Diskussion über die Gebietsfragen und die militärischen Punkte zuzulassen, womit verstanden ist, daß die Verhandlungen über das Saargebiet und die fortwährende Befragung des linken Rheinufer nicht bloße Versuchsbälle, sondern blutiger Ernst der französischen Machtansprüche waren. Es war ja auch auffallend, daß der Minister des Äußeren, Pichon, trotz aller Ankünfte in der Kammer, nicht mit der Wahrheit herandrückte. Er erklärte immer wieder, er werde reden, wenn in einem verbündeten Parlament Anträge gegeben werden sollten. Also im englischen Unterhaus. Unterdessen hat Lloyd George dort gesprochen und statt um alles herumgedröhrt! Er ist sich des erwarteten Erfolges, daß die Deutschen das Diktat schlucken werden, so wenig sicher wie Pichon.

Nach der Oberbotschaft des Präsidenten Ebert, nach den sehr klaren und gründlichen Erklärungen des Grafen Brodtkorf-Rambau, müßten die Herren des Verbands auch endlich einsehen, daß die deutsche Regierung trotz aller inneren Schwierigkeiten nach außen fest bleiben wird. In ihrer heimlichen Besorgnis, es könnte in Versailles doch alles schief gehen, suchten sich die Verbündeten mit der Ansetzung einer adäquaten Ueberlegungsfrist zu helfen, die man der deutschen Delegation geben wollte. Die Delegation sollte das Recht haben, beliebige Kuriers nach Berlin und Weimar zu senden und den Text des Abkommens dort zu erörtern sowie Instruktionen zu verlangen. In dieser gnädigen Konzession liegt immerhin die Möglichkeit, daß auf der Konferenz in Versailles vielleicht wirklich doch noch konferiert werde. Wenn die deutschen Delegierten erklären: Kein Saargebiet, kein Rheinland, kein Danzig, aber wir machen Gegenanträge zur „Wiedergutmachung“, wir haben Sachverständige mitgebracht, die es besser wissen als eure brutalen Generale und eure überlebten Diplomaten, so ist niemandem wohl als z. B. Lloyd George, der jetzt vor dem Parlament zu Hause zittert. Und Wilson wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um durch die offene Tür, die da entfällt, sein hinausgedrängtes Programm wieder hereinzuführen.

Mit anderen Worten: die ganze Aufmachung der Versailles Konferenz, wie sie den Völkern als geheimnisvolles Dilemma geboten wird, ist zum Teil Bluff. Die Suppe kann gar nicht so heiß gegessen werden, wie sie jetzt gekocht wird. Die Herren der Pariser Konferenz wissen ganz genau, daß sie sich an ihrer Aufgabe übernommen haben. Viele, viele Paragraphen sind schon im Biererrat unter dem Tisch gefallen. Wenn die Deutschen nach Versailles kommen und unerschütterlich im Bewußtsein ihres ewigen Menschens- und Völkerrechts fest bleiben, werden noch weitere Auswüchse des geplanten Friedenswertes abdröckeln. Und er wird schließlich ganz nackt dastehen, der Knabe mit dem Palmenzweig. Ein etwas magerer Friedensengel, noch schwächlich und unentwickelt, aber doch hoffnungsvoll und willkommen.

Die Antwort der Alliierten.

Die deutschen Delegierten.
Berlin, 21. April. Anschließend an das deutsche Telegramm vom 19. April übernahm General Nudant gestern in Spa die Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen, worin um die Entsendung von Bevollmächtigten nach Versailles gefordert wird, die ebenso ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die alliierten und assoziierten Vertreter.
Hierauf antwortete der Reichsminister des Äußeren, er werde nunmehr in der Voraussicht, daß

im Anschluß an die Uebernahme der Entwürfe der Friedensbedinungen Verhandlungen über den Inhalt beabsichtigt werden, als Delegierte die Reichsminister Graf Brodtkorf-Rambau, Landsberg, Giesbert, den Präsidenten Reinert, Dr. Melchior und Professor Schüdina entsenden, wenn Beweisanerkennung sowie freier Drakverkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werden.

Es aus Berlin wird uns abdrachtet:
Die Duvertüre der großen Friedensverhandlungen hat sich reichlich seltsam entwickelt. Noch läßt sich nicht erkennen, ob ein Regieschüler auf der gegnerischen Seite infolge innerer Uneinigkeit vorliegt, oder ob man uns eine neue Falle der Demütigung stellen will. Die am Samstag in Berlin eingetroffene alliierte Note forderte uns befanntlich auf, lediglich Vertrauensmänner nach Versailles zu entsenden, um dort die Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen. Jemand ein Verhandeln war nach dem Vorklaut dieser Note ausgeschlossen. Die deutsche Regierung hat auf dieses so überraschende Ansinnen die Antwort gegeben, daß sie einige wenige amtliche Boten zu dem angegebenen Subalternen Zweck nach Frankreich senden werde. Mit einer Entscheidung über Annahme oder Zurückweisung der gegnerischen Friedensbedingungen würde dieser formelle Akt natürlich nichts zu tun gehabt haben.

In England und Amerika hat man für diese Antwort auf das von französischer Nachdruck diktierte Ansinnen offenbar auch volles Verständnis gehabt, wenigstens hat der englische Vertreter in Spa, wie man hört, ganz offen ausgesprochen, daß er nichts anderes erwartet habe. In Paris hat aber das erste Ergebnis der Clemenceauschen Brutalität auf jeden Fall peinlich gewirkt. Wenigstens hat der Rat der Alliierten sehr schnell auf die deutsche Antwort hin eine zweite Note nach Berlin gelangen lassen, in der verlangt wird, daß deutsche Vertreter nach Versailles entsandt werden, die in demselben Grade Bevollmächtigt für Verhandlungen sind, wie Vertreter der alliierten Regierungen. In Berlin hand man nun vor der Frage, wie diese scheinbare Wandlung der gegnerischen Diplomatie zu deuten wäre.

Der Ton der ersten Pariser Note, die uns lediglich zur Abholung von diktierten Bedingungen aufforderte, muß zusammen mit allen früheren Erfahrungen mißtrauisch stimmen. In der zweiten alliierten Note ist wohl von einer Bevollmächtigung zum Verhandeln die Rede, noch aber nicht von einem Willen zu Verhandlungen, und wer bürgt uns bei der Geistesverfassung eines Clemenceau dafür, daß es den Franzosen nicht nur darauf ankommt, im Versailles Spiegelaal die beabsichtigte Demütigung durch verhandlungsloses Ueberreichen eines Diktatfriedens eben führenden deutschen Persönlichkeiten und nicht nur einfachen Beamten und zuzufügen.

Dieser Möglichkeit ist von der deutschen Regierung vorgebeugt worden, indem sie ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, den Grafen Brodtkorf-Rambau, Minister Landsberg, Minister Giesbert, Dr. Melchior-Hamburg und Professor Schüdlin nach Versailles als Bevollmächtigte zu entsenden, aber unter der Bedingung und Voraussetzung, daß 1. wirklich verhandelt wird, und 2. die Bewegungsfreiheit der deutschen Mission, besonders was den telephonischen und telegraphischen Verkehr mit Deutschland betrifft, gewährleistet wird — nach den schlechten Erfahrungen, die unsere schon in Frankreich weilende Finanzkommission gemacht hat, deren Mitglieder mit den eigenen Kurieren nur durch Stacheldrahtzüge hindurch verkehren können. Von der neuen Pariser Antwort wird es nun abhängen, ob Graf Rambau und seine Begleiter abreisen werden. Der Termin am 25. April als Beginn der Verhandlungen kann freilich nun nicht eingehalten werden.

Die wichtige Frage ist, wie gesagt, ob es sich um eine neue Falle französischer Nachdruck handelt oder ob wirklich im Rate der Alliierten noch zuletzt die bessere Einsicht siegt hat, die ein ehrliches Verhandeln will. Man darf aber wohl annehmen, daß die verschiedenen letzten Erklärungen der deutschen Regierung, der Nationalversammlung und der gesamten deutschen öffentlichen Meinung, daß wir keinen Gewaltfrieden unterzeichnen werden, nicht ohne Eindruck in den feindseligen Ländern geblieben sind. Die Frage, was geschehen soll, wenn Deutschland nicht unterschreibt, muß eben doch auch die feindseligen Regierungen mit Sorge erfüllen.

Man sucht zwar die Massen des deutschen Volkes auch jetzt noch nach der Methode Zuckerbrot und Peitsche weiter zu machen. So erschien gestern in Berlin ein geheimnisvolles, nicht unterzeichnetes Extradit, in dem die Aufhebung der Blockade für den 25. April angekündigt wurde, wenn Deutschland unterschreibt, daß für den Fall der Ablehnung aber eine weitere Verschärfung der Blockade androht. Die Regierung wie die öffentliche Meinung Deutschlands sind aber in dieser Hinsicht heute nicht mehr zu beeinflussen. Die 40 hervorragenden wirtschaftlichen Sachverständigen, welche unseren Regierungsvertretern bei den eigentlichen Friedensverhandlungen zur Seite stehen sollen, werden

nicht sofort nach Versailles reisen, sondern erst dann, wenn der lokale Verhandlungswille auf der anderen Seite deutlich geworden ist. Dagegen werden unsere offiziellen Vertreter sofort von einigen Pressevertretern begleitet sein, denen später noch andere folgen sollen.

Falls die neue französische Antwort annehmbar ausfällt, dürfte die Abreise der deutschen Bevollmächtigten am 28. erfolgen.

*
An dem Notenwechsel über die Entsendung der deutschen Unterhändler bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die erste Mitteilung der deutschen Delegierten, die sich voraussichtlich 5 bis 7 Pressevertreter anschließen werden, nicht abfragen soll, bevor Clemenceau sich zu der deutschen Antwort äußert habe. Erfolge eine auffommende Antwort, dann könne die deutsche Friedensabordnung vielleicht am 28. April abreisen, also frühestens am 1. Mai die in Paris aufgestellten Friedensbedinungen in Empfang nehmen. Vor dem 2. Mai könne man also in Berlin keinesfalls Kenntnis von dem Inhalt der feindseligen Vorläufe haben. Stelle sich bei den ersten Verhandlungen heraus, daß die Wiener die Absicht haben, in wirklich ernsthafte Verhandlungen einzutreten, dann solle diese zweite deutsche Delegation nachkommen werden, so der vor allem die 40 Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens angehören. Ihnen werde sich der Rest der ausgesetzten Pressevertreter anschließen.

Die der „Vorwärts“ schreibt, bleibt die Frage, ob Verhandlungen oder Diktatfriede vorzuziehen sei. Die deutsche Regierung solle sich für die letztere entscheiden. Die deutsche Regierung solle sich für die letztere entscheiden. Die deutsche Regierung solle sich für die letztere entscheiden.

Fortschritte Mißbilligung auf der Pariser Konferenz.

Paris, 22. April. (Neuer.) Die Frage von Rime hat gestern kritische Gehalt angenommen. Wilson blieb dem Rat der Vier fern und beriet stattdessen mit dem amerikanischen Delegierten, welche einstimmig beschloß, eine öffentliche Darstellung über den Seemanns herauszugeben, wenn die Entscheidung den ansässigen Seemanns folgen sollte.

Bern, 21. April. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ meldet, Wilson und Enaland hätten Frankreich die sofortige militärische Unterstützung ihrer Länder im Falle eines deutschen Anstieges zugesagt. Die übliche Prozedur des Völkerbundes in Gehalt einer vorherigen Unterweisung über den Anstieff solle in diesem Falle nicht funktionieren. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeit.“ teilt hierzu ergänzend mit, in Paris seien aus diesem Grunde Gerüchte über ein Defensivbündnis zwischen Frankreich, Enaland und Amerika um. Wilson bleibe bei der Ansicht, daß der Völkerbund den Abschluß von Bündnissen ausschließen, da er sonst überflüssig sei.

Die Lage in Oesterreich und Ungarn.

I. Berlin, 20. April.

Die Lage in Oesterreich wird an dieser unterrichteter Stelle als ruhig angesehen. In Wien sind alle öffentlichen Gebäude von der Volkswehr besetzt. Weitere Ausschreitungen werden nicht erwartet, zumal die Entente erklärt hat, daß sie im Falle weiterer Unruhen in schärfster Weise eingreifen würde. Die Situation in Ungarn dagegen ist sehr unglücklich. In Budapest herrscht zwar äußerlich Ruhe, doch sind Anzeichen dafür vorhanden, daß innerlich alles drunter und drüber geht. Nach Mitteilungen einer hier eingetroffenen unbedingt zuverlässigen Persönlichkeit sind in Budapest sämtliche Häuser der besseren Mittel vom argen Janbangel bewohnt, während sich die bisherigen Wohnungsinhaber in ein oder zwei Räume zurückziehen mußten. Jedes Haus hat einen Vertrauensmann, meist den ehemaligen Portier, bei dem die bisherigen Wohnungsinhaber sich ein Unbehagenbezeugnis ausstellen lassen müssen, wenn sie etwas einkaufen wollen. In den ersten Hotels der Stadt sieht auf der Speisekarte nur Kraut und Eier. An die Regierung ist jetzt eine Deputation des Proletariats herangeritten mit der Bitte, zwei oder drei Tage hindurch offiziell die Wänderung in Budapest zu gestatten. Natürlich weigert sich die Regierung das zu tun, aber es ist fraglich, ob sie dieser Beweigung nicht Einhalt tun können.

Budapest, 20. April. (Una. Korrespondenz.) Der Generalkommandant, Arbeiter- und Bauernrat hat durch Verteilung der Ernennungen der proletarischen Diktatur der Vereinigung der Arbeiter und Bauern beschlossen und angedeutet, daß die Hälfte der Arbeiterschaft sämtlicher Betriebe gegen die tschechischen, rumänischen und südslawischen Truppen an den Waffen greifen soll. Nach den Abendzeiten mehrerer Parteioffensiven und Gewerkschaften bewachten sich Demonstrationen durch die Straßen.

Budapest, 19. April. (Una. Korrespondenz.) Eine Verordnung des Volkskommissariats für Unterrichtsweesen richtet einen Landesbeirat ein, dem alle wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Arbeiten mit Ausnahme der Tagesblätter und politischen Zeitschriften vor ihrer Veröffentlichung vorzulegen sind und der die Vertriebsartikulation und Verbreitung zu überwachen kann. Am Widerstand kommen vor das Revolutionsgericht.

Der Stand unserer Ernährungswirtschaft

(Eigener Drahtbericht.)

I. Berlin, 22. April.

Der Reichsernährungsminister Schmidt äußerte sich vor Pressevertretern über den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung. Er wies einleitend darauf hin, daß die jüngst getroffene Vereinbarung mit der Entente über die Bewilligung zum Einkauf von Lebensmitteln im Ausland eine sehr angenehme Zuzufuhr für die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Speck herbeigeführt habe. Doch gibt dieses Zugeständnis noch keinen Grund zum Uebermut. Aber immerhin können wir annehmen, daß sich die Gesamtlage erheblich bessern würde, wenn auf ihren Bestand gerechnet werden dürfte. Die Schwierigkeiten bestehen hauptsächlich in der Kreditbeschaffung. Auf die Dauer ist weder durch Verpfändung des Goldschatzes der Reichsbank, noch durch Beschaffung von Devisen, noch durch Einziehung fremder Wertpapiere in Deutschland ein konstanter Einkauf im Ausland durchzuführen.

Es muß daher mit Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß die weitere Einfuhr auf die Basis der Deutung des freien Handels gestellt wird. Die großen Danbelshäuser müssen ihre Beziehungen zum Ausland wieder aufnehmen und sich Kredite eröffnen lassen unter Umgehung der Reichsbank. Es kann aber natürlich nicht gestattet werden, daß jeder einzelne Kaufmann nach Gutdünken im Ausland einkauft. Dadurch würden die Preise erheblich gesteigert werden, wogegen das ohnehin schwer leidende neutrale Ausland Einspruch erheben würde. Dänemark hat denn auch tatsächlich schon in dieser Richtung Vorstellungen gemacht. Am besten wäre es, wenn die kaufmännischen Interessenten selbst die Organisation schaffen würden, um wilde Einkäufe auszuschalten. Zum Teil ist das, beispielsweise beim Einkauf von Gemüße, schon geschehen. Natürlich können wir auf Gewährung von Kredit nur rechnen, wenn unsere politischen Verhältnisse eine gewisse Beruhigung erfahren. Die Kriegsgesellschaftlichen und Zwangsorganisationen sollen nur solange wie unbedingt nötig erhalten werden. Bis auf weiteres darf das für Getreide, Fleisch, Kartoffeln, Fett und Milch der Fall sein müssen. Dagegen ist der Einkauf von Frühlungsfrüchten vollständig freigegeben und auch Frühobst soll freigegeben werden. Eine Probe auf das Exempel ist bei den Eiern bereits gemacht worden. Wenn sich dabei auch zunächst noch keine Preisermäßigung gezeigt hat, so ist doch zu hoffen, daß das in nächster Zeit geschehen wird. Im Reichsernährungsamt besteht jedenfalls die Absicht, die Zwangswirtschaft nach Möglichkeit aufzugeben. Wo noch großer Mangel an Lebensmitteln herrscht, muß sie aber unbedingt aufrecht erhalten werden.

Sehr schwierig gestalten sich jetzt die Verhältnisse bei der Viehhaltung. Die Landwirte leisten schmerzlichen Widerstand, so daß einzelne Kommissionäre bereits erklärt haben, ihre Tätigkeit einzustellen, weil es zu Schlägerereien gekommen ist. Immerhin ist zu hoffen, daß wir durchkommen, wenn auch die Preisregulationen vielfach hin und wieder gestürzt werden müssen. Neue Schwierigkeiten sind jetzt durch die Vorgänge in Bayern und durch die trübenden Eisenbahnverhältnisse eingetreten, die uns die Belieferung aus Westpreußen und Ostpreußen sehr erschweren. Sehr schlimm sieht es auch mit der Kartoffelversorgung aus. Man muß darauf gefaßt sein, daß Mitte oder Ende Mai in einzelnen Gebieten die Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln eingestellt werden muß.

Wiesbaden ist in der Bevölkerung über die hohen Preise für das amerikanische Mehl Lage geführt worden. Sie erklären sich aus dem ständig steigenden Weltmarktpreis und andererseits daraus, daß das Ausland natürlich ein erhebliches Geschäft bei der Sache machen will. Wir müssen einerseits versuchen, die Einfuhr von Mehl nach Möglichkeit zu vergrößern, weil es wahrscheinlich als teilweiser Ersatz für die ausfallenden Kartoffeln gegeben werden muß. Andererseits soll aber auch nicht mehr als unbedingt nötig eingeführt werden, weil wir nicht in völlige Abhängigkeit von Amerika und den anderen mehlfördernden Ländern kommen wollen.

Ueber die künftige deutsche Ernte sind die Aussichten bisher nicht so günstig, wie zuvor angenommen. Die Saatensandberichte laufen zum größten Teil auf mittel, teilweise auch auf gut.

Zusammenfassend erklärte der Minister schließlich, daß die Aussichten am Ende des Wirtschaftsjahres nicht ungünstig sind, daß sie sogar erheblich besser sich gestalten, als in den letzten Jahren des Krieges. Voraussetzung für eine künftige Besserung sei aber, daß die Beschaffung von Auslandswaren nicht gestört wird durch Streiks und Unruhen in unserer Wirtschaftslage.

Die Preise für ausländische Lebensmittel.

Berlin, 22. April. Von makabender amerikanischer Seite wird uns nachdrücklich die Warnung erteilt: Müller Hoover ist sehr beider wegen der Unruhen in verschiedenen Teilen Deutschlands. Auf Grund der Tatsache, daß nicht genügend Schiffraum für die lange Reise nach Australien und Amerika

Arbeitsauschüssen, den Generaldirektor abzurufen. Die festgestellten haben das Vornehmende in der Ausgabe für Gehälter, sowie das Einlegen der Arbeitsleistung um über die Hälfte des normalen Standes dahin geführt, daß von einem Betriebsüberblick keine Rede mehr ist, daß vielmehr die Löhne geförderter Kohle einen Aufschlag von 17 Mark und die Kohle hergestellten Rohstoffe sogar einen solchen von 500 Mark erfordert. Daran folgt von selbst, daß die Stilllegung der Betriebe — es sei denn, daß eine erhebliche Besserung der Leistungen eintritt — nicht lange wird aufgehoben werden können. Für die Stütten- und Werkstätten sind für eine Einstellung erforderlichen Vorbereitungen angeordnet worden. Dagegen wurde bedauerlich, trotz starker Verluste mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse die Kohlengruben so lange wie möglich im Betriebe zu erhalten. Der Vorschlag nach der Amtsenthebung des Generaldirektors näherzutreten, wurde abgelehnt, da ihre jegliche gezielte, sachungsmäßige oder sachliche Grundlage fehlt.

Bürgerwehrstreik in Bremen.

Bremen, 22. April. Nachdem sich die Gasarbeiter dem allgemeinen Ausfall angeschlossen hatten, ist am Donnerstag der allgemeine Bürgerwehrstreik eingetreten. Alle Betriebe in der Stadt Bremen mit Einschluß der Behörden stellten am Sonntag früh ihre Tätigkeit ein. Ausgenommen sind nur der Sicherheitsdienst, die Feuerwehreinheiten und das Elektrizitätswesen. Die freien Berufe, wie Rechtsanwälte, Ärzte usw. schlossen sich der Einstellung der Tätigkeit an. Auch die Lebensmittelgeschäfte, sowie Metzgereien, Schenken und Speisewirtschaften bleiben geschlossen. Die Zeitungen werden während der Dauer des Streiks nicht erscheinen. Der Telegraphen- und Telefonverkehr ist für das Privatpublikum gesperrt. Der Straßenbahnverkehr ruht. Ueber Bremen ist der verschärfte Besatzungszustand verhängt worden.

Ausstand in oberpfälzischen Gruben.

Breslau, 22. April. In Bentzen dauert der Ausstand in den Gruben Neopros, Wolfgang und Graf Franz fort. In einer Besprechung der gesamten Belegschaft, der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Königin Luise-Grube wurde beschlossen, wegen der Verhaftung von 400 Bergleuten im Mühlgebiet als Protest in den Ausstand zu treten, falls nicht die sofortige Freilassung der Verhafteten erfolgt. Der Streik wird unter Umständen auf sämtliche oberpfälzische Gruben ausgedehnt werden.

Samburg, 22. April.

Am Samstag abend verfuhr ein Pöbelhaufen in Hammersdorf die Wachen 36 und 39 zu übermächtigen. In die Wache 39 gelang es dem Pöbel vorübergehend einzudringen, der Nummer 36 wurde er abgewiesen. Fast zu der gleichen Zeit erschien ein Mann in Arbeiteruniform in der Spiritfabrik von Peters am Grünen Deich und verlangte zu wissen, ob Sicherheitsmannschaften im Hause untergebracht seien. Als Robert Peters, ein Witwenhändler der Firma, dies verneinte und die Tür verschloß, durchbohrte ein Schuß das Holz und traf Peters in die Brust. Bei diesen Gewalttätigkeiten sind außer ihm ein Spartaaktivist, ein Arbeiter und ein Arbeiterweib und vier Spartaaktivisten erheblich verletzt worden. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Ueber die Verletzungen wurde auch in St. Pauli ein Sicherheitsmann, den die Spartaaktivisten als jenen bezeichnet, der in der Samstag nacht im Proviantmagazin in St. Pauli das Maschinenwehrgewehr hatte.

Die Wirren in Bayern.

Die aus Bayern vorliegenden Meldungen können von uns, zumal der Fernsprechverkehr nach Südbayern einstellt, ist auf ihre Richtigkeit nicht immer geprüft werden. Soviel aber konnte bisher festgestellt werden, daß die Spartaaktivisten verschiedene Vorhaben, namentlich die „Schlacht von Dachau“ hier aufbauen, um einerseits den Mut der spartaaktivistischen Vertriebenen wach zu halten, andererseits aber die übrige Bevölkerung noch mehr einzuschüchtern, als dies bisher schon der Fall war. Weiter erwidert sich, daß die Spartaaktivisten alle Mittel anwenden, um die Arbeiterschaft gegen die Regierung und die Arbeiter zu zerspalten. Die rote Garde bezieht auf einem großen Teil aus freigelassenen russischen Kriessoldaten, die auf bewaffnet sind und die Stadt raubend und plündernd durchziehen. Die militärische Aktion gegen München selbst ist bis auf die neueste Zeit noch nicht im Gange. Der Angriff wird konzentrisch eingeleitet. Bei dem großen Sieg der Bolschewisten über die Regierungstruppen bei Dachau handelte es sich um ein Aufklärungsgefecht, bei dem die Regierungstruppen befehlsmäßig bis Waffenhofen (d. i. etwa 30 Kilometer nördlich von Dachau) zurückzogen. Der angeführte Sieg der Spartaaktivisten beruht darauf, daß sich, wie übrigens bereits in unserer Sonntagsausgabe angedeutet worden ist, der die Regierungstruppen kommandierende Offizier an ein abgetroffenes Abkommen über eine Waffenruhe abzugeben zu müssen, während sich die Spartaaktivisten darüber hinwegsetzten und am Angriff vorantrieben. Auch nahmen die Regierungstruppen Rücksicht auf die in der Nähe von Dachau befindlichen Pulverfabriken, die natürlich weder die Münchener Spartaaktivisten noch die anreisenden Regierungstruppen in die Luft jagen lassen wollten, um nicht zahlreiche Menschenleben zu gefährden. Auf der Münchener Frauenkirche haben die Spartaaktivisten Beobachtungsposten mit Maschinengewehren aufgestellt. Die rote Garde nimmt in München fast täglich weitere Rekrutierungen vor; es fehlt ihr ankeinerlei an dahenden Soldaten, namentlich an Artilleristen.

Die Regierung nimmt alle möglichen Rücksichten auf die Münchener Bevölkerung und hat auch alles getan, um die über die Münchener Unruhen aufgekommene Empörung niederzubehalten. Bayern zur Wiederaufnahme der Kartellfahrt nach München zu veranlassen. Sie hat sogar das Münchener Ernährungsamt ermächtigt, von den in München lazierenden Mehl- und Getreidevorräten, die bis zum Juli ausreichen würden, die nötige Menge zur Ernährung der etwa 1000 fehlenden Münchener Bevölkerung an die Münchener Bevölkerung auszugeben. Sozialdemokratische Führer und Gewerkschaftsführer mühten München verlassen, um sich der Verfassung oder noch schlimmerem zu entziehen. In einer amtlichen Mitteilung werden die Arbeiter aufgefordert, zur Befreiung der Wohnungsnot die Wohnräume der Reichen zu besetzen. In den letzten Tagen erloschen spartaaktivistische Expeditionen in die Umgebungen Münchens, namentlich ins Nittal, wodurch die ländliche Bevölkerung in größte Notlage versetzt wurde. Bisher haben die Spartaaktivisten allen Versuchen, die freigelassenen Soldaten loszulassen, ein hartes Nein entgegengebracht. Es sind umfangreiche militärische Maßnahmen getroffen worden, um so rasch wie möglich die bedrängten Münchener Bevölkerung Hilfe zu bringen; die Regierung trifft die Vorbereitungen gründlich, um einen Pöbelhaufen auszuschalten.

Durch einen Fehler der Regierungstruppen wurden sämtliche bayerischen Soldaten bis auf weiteres gefesselt. Die ausstehenden Wachen werden den Studenten als „Studenten“ anerkannt. Gleichzeitige werden die Rekruten erlaubt, in einem öffentlichen Aufzug die Studenten auf die unannehme

Gefahr aufmerksam zu machen, in der sich Bayern befindet. Es alle unbewußt Studenten und Professoren auf kurze Zeit für die bayerischen Kreisläufe zu gewinnen. Die Professoren der Münchener Universitäten hatten bereits vorher einstimmig beschlossen, im kommenden Sommer keine Vorlesungen abhalten zu wollen, solange die spartaaktivistische Herrschaft in München besteht. Die Studenten der Rechts- und Naturwissenschaften in München, wieder nach Aschaffenburg überzuführen, wo früher eine Rechtsakademie bestand, die dann nach München verlegt worden ist. Die Disziplin der Studenten und Erlaubnis des bayerischen Hochschulbundes erheben einmütig Einspruch gegen jeden Verstoß gegen die Verfassung der bayerischen Hochschulen und lehnen jede irrendweise abgeleitete Aktion bei einer Veränderung der Hochschulverfassung in formunförmlichem Sinne ab. Insbesondere lehnen es die Mitglieder der Disziplin in Solidarität mit den Münchener Kollegen ab, in eine auf diesem Wege erzielte Beschlüsse einzutreten.

In einem vom Volkswirtschaftsamt des Landesparlamentes und dem Bildungsminister erlassenen Aufruf zur Bildung eines Freiwilligen Korps Pamberra heißt es: „Die schändlichsten Untaten werden verübt. Die Bevölkerung von München und Umgebung ist in die größte Notlage versetzt. Diese Notlage haben wir zu lindern und zu beheben und zu diesem Zweck haben wir schon auf das blanke Land aus.“ Die Aufstellung der Freiwilligenkorps erfolgt durch besonders auserwählte Berufsklassen, die auf dem Boden der Nationalsozialistischen Bewegung in unmittelbarem Einvernehmen mit den Generaloffizieren. So fordert das Generaloffiziersamt des 3. A. R. am dritten Mal zum Eintritt in die Truppendivision zur Bildung von Landsmannschaften gegen die Münchener Terroristen auf. Die sozialdemokratische Parteileitung Bayerns fordert ebenfalls zum Eintritt in die Volkswehr auf.

Kürzlich hatten die Spartaaktivisten auch in Rosenheim das seit längerer Zeit in ihren Händen ist. Sie übten dort eine Herrschaft aus, die ganz an russische Zustände erinnert. Die Spartaaktivisten setzten mannschaft zur Wehr, wurde aber durch russische Requisition, durch Erklärung des Standrechts, und ein drakonisches Scherenschnitt in Schach gehalten. Trotzdem raffte sie sich zum letzten Kampf gegen die fremden Gewalttäter auf und erwarb auch die Oberhand, wurde aber später, nachdem die Bolschewiken Spartaaktivisten aus München zu erhalten hatten, aufs neue unterdrückt. Auf Strafe für ihr rücksichtsloses Verhalten wurden 10 Bürger der Stadt erschossen und die Stadt mit einer Kontribution von 50000 M. belegt.

In Aachburg im bayerischen Wald wurden durch die Gendarmerie die Spartaaktivisten Solger und Koller, beide schwer verletzliche Subjekte, verhaftet und nach Straubing inhaftiert. Die Anhänger der Verhafteten sind daraufhin gegen die Bürger und Geschäftswelt mit Waffengewalt, schändlichen Taten und Verbrechen ein und misshandelten den Bürgermeister, der zur Flucht mahnte.

Die militärischen Vorbereitungen.

Samburg, 22. April. Die militärischen Vorbereitungen gegen München sind im großen und ganzen als beendet anzusehen. Da in Augsburg Spartakisten wieder sein Haupt ergriff, war eine militärische Besetzung dieser Stadt unumgänglich notwendig. Die Kräfte der Freiarmeen, nördlich von München, sollen von den Spartaaktivisten festungstreu ausgehoben worden sein. Der Volksbeauftragte für Bayern und sein Gehilfe, der bekannte Volkswirt Prof. Dr. Müller, sind in die besetzten bayerischen Städte geschickt worden.

Augsburg durch Regierungstruppen besetzt.

Augsburg, 22. April. Größere gemischte bayerische und württembergische Truppenverbände besetzen am 1. Osterfesttag die Stadt Augsburg. Infolge des Widerstandes der Kommunisten kam es zu Straßenkämpfen, wobei es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Toter und Verwundeter gab. Ueber Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt.

Augsburg, 22. April. (Via Drahtbericht.) Nach dem Plan der radikalen Elemente sollte Augsburg am Ostermontag auf eine neue in die Gewalt der Spartakisten fallen. Von Norden, Osten und von Süden rückten aber Regierungstruppen in die Stadt ein. Sie bemächtigten sich nach Kämpfen der Pulvermagazine, der Artilleriekaserne, der Infanteriekaserne und der Artilleriedivision.

Truppenansammlungen in Ingolstadt.

Ingolstadt, 22. April. Seit einigen Tagen lagert die Stadt einen riesigen Heerhaufen; es treffen fortwährend neue Truppendivisionen ein, die teils nach der Front abgehen, teils auf einer neuen Division zusammengegliedert werden. Die Truppen sind mit allem Geiste erfüllt. Die Korporalen der roten Garde sind bis auf wenige Kilometer an Waffenhöfen (siehe oben) herangezogen.

Die württembergischen Truppen.

Stuttgart, 22. April. (Amst.) Das Kriegsministerium teilt mit: Entgegen den in der Presse umlaufenden Gerüchten wird bekannt gegeben, daß bei dem Geheiß bei Dachau am 17. April württembergische Truppen nicht beteiligt waren. Unsere Truppen standen am 17. April am Lech.

Aus den Parteien.

Demokratischer Parteien.
Der erste Parteitag der Deutschen demokratischen Partei findet, wie bereits gemeldet, vom 29. bis 31. Mai in Kassel statt. Die Wahl der Vertreter zum Parteitag erfolgt nach Reichswahlkreisen. Jeder der neuen Reichswahlkreise entsendet mindestens einen Vertreter. Darüber hinaus stellt jedem Reichswahlkreis auf jedes Land ein organisierter Mitglieder ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuss von mehr als 500 Parteimitgliedern wird einem vollen Land gleichgerechnet. Die nicht örtlichen Organisationen, welche vom Geschäftsführenden Ausschuss anerkannt sind, entsenden zum Parteitag auf je 2000 Mitglieder einen Vertreter, wobei ein Überschuss von mehr als tausend vollen 2000 gleichgerechnet wird. Jede bundesstaatliche Fraktion hat das Recht, wenigstens einen Vertreter zum Parteitag zu delegieren mit einem Vorschlag von je einem weiteren Vertreter auf volle 50000 bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen. Die Mitglieder des Hauptvorstandes, des Geschäftsführenden Ausschusses und der Reichstagsfraktionen gehören dem Parteitag als vollberechtigte Mitglieder an. Ferner entsendet die Vereinigung der demokratischen Presse fünf Vertreter zum Parteitag.

Badische Politik.

Baden und Württemberg.
Die Frage, ob diese beiden Staaten mit einander vereinigt werden sollen, werden aus leicht begreiflichen Gründen haben und drücken nach wie vor

lebhafte Erörtert. Nach der Auffassung der beiden Regierungen ist sie nicht unbedeutend. Allerdings läßt sich dazu die badische Regierung halbmündlich aus und sagt, diese Frage bediene Aufmerksamkeit und daher erziehe eine Erörterung in der Öffentlichkeit durchaus nützlich. Aber gerade für uns in Baden harren im Augenblick viel dringendere Fragen der Verantwortung. Fragen, die die Arbeitskraft und Arbeitszeit der Regierung bis zum alleräußersten in Anspruch nehmen. Diese Ansicht hat die badische Regierung schon vor einigen Wochen, als zum ersten Male der Verschmelzungsgebanne auftrat, vertreten; der württembergische Staatspräsident Mos hat sich in der vergangenen Woche, als in der württembergischen Landesversammlung diese Frage ebenfalls angeht wurde, bekanntlich in ähnlichem Sinne geäußert.

Vor 100 Jahren.

Wie schon in unserer Sonntagsausgabe angebeutet wurde, traten heute vor 100 Jahren die badischen Landstände zum ersten Male zusammen. Dem Landtag gehörte eine Anzahl bedeutender Männer an; in der ersten Kammer saßen Hebel, Wessenberg, Eibaut und Kottel, in der zweiten v. Liebenstein, Ludwig Winter, v. Jähtlein, Dittlinger u. a. Ganz Deutschland folgte den Verhandlungen dieses ersten Landtages mit um so größerer Aufmerksamkeit, als verschiedene Fragen von allgemeiner vaterländischer Bedeutung erörtert wurden und zündende Gedanken von Einheit und Freiheit die Geister belebten. Bald bemerken immer mehr sich verstärkende Gegensätze zwischen erster und zweiter Kammer die gesellschaftliche Arbeit und die weitere Ausbildung des Berufsstandes. Am 28. Juli 1819 mußte der Landtag ohne Erledigung des Finanzgesetzes verlagert werden, da es über der Frage der Reichsverhältnisse der Stände- und Grundbesitzer zu offenen Bruch zwischen beiden Häusern und mit der Regierung gekommen war. Im Juni 1820 traten die Stände von neuem zusammen, aber noch manches Jahr verging unter dem Druck außerordentlich gewaltiger, ehe die parlamentarische Wirksamkeit sich geistlicher entwickeln konnte.

Ludwig Winter, der erste badische Minister, dem ein wesentlicher Anteil am Zustandekommen der damaligen Verfassung zufällt, war ein Vorkämpfer des Rechts und kamte aus dem Schwarzwald der gegenwärtig Minister des Äußeren Dietrich geboren.

Landesversammlung der A., B., V. u. S.-Räte.

Am Samstag, den 26. April taat in Durlach die 5. Landesversammlung der A., B., V. u. S.-Räte.

Bürgermeister Dr. Gugelmeier.

Nachdem bekannt geworden war, daß man in Konstanz beabsichtigt, Bürgermeister Dr. Gugelmeier von Verbot der dortigen Oberbürgermeisterposten anzutragen, wurde ihm durch Vertreter sämtlicher Parteien des Bürgers ausfindig nahe gelegt, den Posten nicht anzunehmen. Auf Grund dieses besonderen Vertrauensbeweises entließ sich Bürgermeister Dr. Gugelmeier in Vorrath zu bleiben.

Einspruch gegen jeden Friedensschluß.

Die Disziplinäre Gruppe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat dem Minister des Äußeren einen einmütig gefaßten Protest gegen jeden Friedensschluß ohne vorherige resolution der Reichsregierung und Zivilgefangenen mit der Bitte um Weitergabe an die Reichsregierung unterbreitet.

Aus Baden.

Neuburgweiler b. Ettlingen, 22. April. An Stelle der franz. Wache bei Neuburgweiler (Hies) gegenüber von Neuburgweiler sind jetzt Italiener aufgezogen.

Wiesbaden, 22. April. Die Zahl der an Typhus Erkrankten ist jetzt auf 230 angewachsen. Die Gesamtzahl der an Typhus Erkrankten betrug am Samstag 2743.

Mannheim, 22. April. In den nächsten Tagen trifft abwärts ein Schienenzug mit 620000 Kilo Sprengstoff ein. In der Unfallfabrik in Ludwigsfelde erlitt ein 33jähriger Arbeiter durch plötzliche auftretende Gasde die Erkältungskrankheit. Einem 19jährigen Arbeiter wurde im Dabritsch der Kopf vom Rumpf getrennt.

Seibelberg, 22. April. Wegen Tabakschlebung wurde ein hiesiger Zigarrenfabrikant mit zwei Anklagen von Mannheim verhaftet. Von Landwirten in der Umgegend waren 11 Deutner Rohbald im Wert von 15170 Mark auf dem Weg des Schleißhandels aufgekauft worden.

Offens b. Sinsheim, 22. April. Die 14 hiesigen Landwirte, die längt wegen der bekannten Ausschreitungen mit Hilfe eines großen württembergischen und militärischen Aufgebots verhaftet worden waren, sind nunmehr nach Württemberg in Untersuchung der Unteruchungshaft entlassen worden. Sie sollen sich vor dem Schwurgericht Mannheim wegen Aufruhrs verantworten.

Wiesbaden, 22. April. Bei Verläufen von Seeresgut hatte sich hier eine unübersehbare Anzahl von Raufußigen eingeschunden. Da die Mehrzahl der Erbsenen glaubte, nicht zum Kauf zu gelangen, wurden die Verkaufsträume gestürmt und geplündert.

Mosbach, 22. April. Im Alter von 69 Jahren ist Rektor Gähler, der seit 46 Jahren an der hiesigen Volksschule tätig war, gestorben.

Freiburg, 22. April. Der langjährige Vorstand der hiesigen Bahnbauinspektion Bauat Hermann von Steien ist im Alter von 55 Jahren gestorben. Zu Beginn seiner Beamtenlaufbahn war er bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenaufbaus tätig, trat später zur Generaldirektion der bad. Staatsbahnen über und wirkte seit über 20 Jahren an hiesigen Orten. Die Verlegung der Söllentalbahn und der Umbau des hiesigen Personenbahnhofs waren in seine Hand gelegt gewesen.

Freiburg, 22. April. Die beabsichtigte Aufstellung einer freiwilligen Fliegertruppe in Freiburg kann nicht stattfinden.

Nadolszell, 22. April. Der Grenzschutzwache Manden ist es gelungen, einen Zivilisten festzunehmen, der 19000 Mark über die Grenze schmuggeln wollte.

Achdorf b. Bonnborn, 22. April. Hier wurde ein Straftäter angehalten, in dem 70000 Markchen Schweizerfranken nach Württemberg geschmuggelt werden sollten.

Wielandingen b. Sickingen, 22. April. Eine Räuberbande von etwa 10 Personen drang in das Haus des Landwirts Häble ein. Dieser, sowie seine Frau, die Dienstmagd und ein Dienstmädchen wurden in einem Zimmer eingeschlossen, worauf die Einbrecher aus dem Stall ein schrotes fettes Schwein holten und es in der Küche abschlachteten. Sie nahmen dann das Fleisch mit und raubten noch einen geringen Barbetrag.

Die deutsche Republik.

Verordnung zum Schutze gegen die Folgen der Stilllegung von Bankbetrieben.

Das Ministerium für wirtschaftliche Demobilisierung erläßt folgende Verordnung:

§ 1. Wenn ein Schuldner durch die Stilllegung eines Bankbetriebes seine zum Verfallenden Verbindlichkeiten, eine privatrechtliche oder öffentlich rechtliche Verbindlichkeitspflicht zu erfüllen, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nichtrechtzeitigen Zahlung durch Gesetz oder Vertrag eingetreten sind oder eintreten, als nicht eingetreten.

§ 2. Der Schuldner kann sich auf die Vorschriften des § 1 nicht berufen, wenn er unterläßt, die Verbindlichkeitspflicht unverzüglich nachdem das Hindernis beseitigt ist, zu erfüllen.

§ 3. Wenn wegen der Stilllegung eines Bankbetriebes die Vornahme einer Handlung, deren zur Ausführung oder Erhaltung des Wechselrechts oder Rechtrechtes aus dem Schatz bedarf, verhindert ist, so verlängert sich die für die Vornahme der Handlung vorgeschriebene Frist um so viel, als erforderlich ist, um sie nach Wegfall des Hindernisses vorzunehmen, mindestens aber bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 8. April 1919 in Kraft. Der Reichsminister der Justiz bestimmt den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens.

Eichhorns „Verteidigung“.

Dem Untersuchungsamt des preussischen Bundesverwaltungs wegen der Unruhen lag ein Schreiben des früheren Volkspräsidenten Eichhorn vor, in dem er gegenüber den von uns kürzlich mitgeteilten Angaben des Regierungsvertrinters Dr. Dose für die verschwindenden Gelder die Verantwortung ablegte und sie dem Kassensinspektor Nebel anwies. Die angeblich unterschlagenen 5100 Mark und 1650 Mark sollen nach Eichhorn mit den Polizeigeldern nicht zu tun gehabt haben. Nach den Januarlampfen habe seine Frau diese Summen zur Verfügung gestellt. Außerdem habe er noch Gegenforderungen. Die Verantwortung für die Waffenausgabe lehnt Eichhorn gleichfalls ab und weist sie dem Postenmeister Wölkler zu. Ebenso bestritt er, mit der Lebensmittelverteilung beim Magistrat und mit der Anschaffung einer Noterweisse oder eines Samerkostenschildes etwas zu tun gehabt zu haben. Die Noterweisse kamte aus dem Betriebsbureau zur Bildung einer jüdischen Sicherheitswehr.

Einstellung des bayerischen Personenverkehrs.

Nach einer Mitteilung der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen erfolgt die Einstellung des gesamten bayerischen Personenverkehrs auf sämtliche rechtsrheinischen bayerischen Strecken wegen Kohlenmangels vom Donnerstag, den 24. April ab.

Die Streiklage.

Verammlung der ausländigen Bankangestellten.

Berlin, 22. April. Am Montag fand im Rufus Busch eine Konferenz der ausländigen Bankangestellten statt, in der zu der Erklärung der Berliner Bankleitungen und zu dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Stellung genommen wurde. Während des sehr bewegten Verlaufes der 2 1/2 stündigen Sitzung kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Forderungen zwar nicht ganz erfüllt seien, daß man aber auf dem Erreichten weiterbauen könne. In einer temperamentvollen Ansprache betonte der Vorsitzende des Deutschen Bankangestelltenverbandes, der Ausland habe den Bankleitungen gezeigt, daß die vereinigte Stärke der Arbeitnehmer nicht zu unterschätzen seien. In den Augen aller Verbitterung und Verbittertheit, die Diktatur der Bankleitungen sei eine gewaltige Forderung geworden. Sodann wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Verammlung der streikenden Bankangestellten im Rufus Busch verlangt die Abstimmung in Betrieben. Den Betriebsversammlungen empfiehlt sie, die Arbeit nur unter der Voraussetzung wiederzunehmen, daß durch die Streiklage kein Einmahmensfall ihnen entsteht.“

Berlin, 22. April. Ueber die Vereinbarung des Angestelltenstreiks finden heute in den einzelnen Betrieben Abstimmungen statt. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll überall morgen erfolgen.

Zu Tode gestraft.

Berlin, 22. April. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Königs- und Laurastraße bezieht am Samstag über die Finanzlage der Gesellschaft und über die Forderung von Beamten- und

Aus dem Stadtkreis.

Von den Osterfeiertagen läßt sich viel Gutes sagen. Namentlich der Ostermontag, ein Wandertag... Die herrlichen Wälder ergossen, hatten sich in einen nachhaltigen Gewinn. Der erste Feiertag ließ noch nicht klar erkennen, welche Wetterprognostik ihm die Natur war.

Verstorbenen, der Erneuerung der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche, der Erbauung des Gemeindehauses, der Kleinfinderschule, der Fürsorge für die Armen und Kranken gedenkend...

Keine unnötigen Reisen. Durch den von Württemberg wegen Kohlenmangels erfolgenden Wegfall aller Schmelzwerke wird der Nachrang zu Personenwagen noch verhärtet...

Andreise nach Losen. Die Anstellung von Auswärtigen zur Andreise nach den von Polen besetzten Teilen der Provinz Posen, sowie im Einzelnen nach Deutschland für Personen, die in der Provinz Posen belagert sind...

Reise. Auf das morgige 2. vollständige Einlieferungstermin des Landesverkehrsrichters unter förmlicher Mitwirkung von Prof. Dr. v. n. u. n. i. s. und Herrn Dr. v. n. u. n. i. s. wird hiermit aufmerksam gemacht.

Anfall. Am 19. d. Mts. wurde das 2 1/2 Jahre alte Kind eines hier wohnenden Elektromonteurs in der Schwanenteiche mit einem Fußwert überfahren und innerlich schwer verletzt.

Aufzug. An verlorener Nacht gegen 11 Uhr 40 wurde durch unbefangenen Täter vor dem Hause Lammlirke 10 ein Selbstmord aus Enttäuschung verübt, wodurch mehrere Reisende verletzt wurden.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Aus der Stadtkreisung vom 17. April 1919.

Geschäftsprüfung des Nahrungsmittelamts. Der Oberbürgermeister hat in der letzten Bürgerausschusssitzung mitgeteilt, daß zur Untersuchung von Vorwürfen, die gegen die Geschäftstätigkeit des Nahrungsmittelamts in einem hier verbreiteten anonymen Schreiben erhoben waren, eine Kommission eingesetzt worden sei...

Kaffee-Ertrag. In der Beschlusse Sitzung ist eingeleitet, daß der vom Nahrungsmittelamt in den Handel gebrachte Kaffee-Ertrag zum Teile von 140 M. für die Witwen und Waisen der im Weltkrieg gefallenen Soldaten zu verwenden sei...

Verkauf der Untersuchungs-Kommission. Die Preise, die das Nahrungsmittelamt für die Hofkammer bezahlt hat, waren die handelsüblichen, die während der Zeit von etwa 200 M. für 100 kg und sind nicht zu beanstanden...

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

für 100 kg. Herr Brauche hat 100 M. dagegen. Da i. St. noch nicht genügende Erfahrung zu einer genauen Kalkulation gesammelt war, einigten sich die Parteien auf einen vorläufigen Preis von 110 M. mit der Nebenbedingung, daß die künftigen 10 M. nachträglich zu prüfen seien...

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. April wurde aus einem Schuppen in der Eisenstraße ein Bergmann-Elektromotor im Werte von 1200 M. von bis jetzt unbefangenen Täter entwendet.

Seite Nachrichten.

Der Völkerbund.

5. Berlin, 22. April. Die deutsche Regierung hat einen Gesetzentwurf zu dem Völkerbundprojekt der Entente genehmigt, der in den nächsten Tagen veröffentlicht werden dürfte.

Nationalversammlung.

5. Berlin, 22. April. Zwischen dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem Reichspräsidenten sind Verhandlungen wegen einer sofortigen Einberufung der Nationalversammlung in Genua im Gange.

Berlin, 22. April. Der Friedensauschuss der Nationalversammlung wird nicht, wie beabsichtigt war, am 26. April, sondern erst später, nicht vor dem 1. Mai, zusammenberufen.

Die Forderungen der Polen.

Danzig, 22. April. Am 1. Osterfeiertag wurde hier eine polnische Professorengesellschaft veranstaltet. Die Polen aus Stadt und Landkreis Danzig forderten die Kassa bei und Danzig für Polen, das sonst nicht lebensfähig sei.

Der sozialistische Kongress in Paris.

Paris, 21. April. Der sozialistische Kongress wurde heute in Paris eröffnet. Der Redner forderte, daß der Friede an Frieden und Gerechtigkeit und nicht der Macht sei.

Erste Lage in Indien.

Rotterdam, 22. April. Der Abgeordnete von Britisch-Indien Lord Chelmsford hat, wie der „New York Times“ aus London meldet, die Unruhen in Indien als offene Rebellion bezeichnet.

Wien, 20. April. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Telegramm des Grafen Czernin aus Salzburg, worin er die Nachricht von seiner angeblichen Flucht und Verhaftung als unwahr bezeichnet.

Neuerwerb, 18. April. (Kreuzer.) Der Reichsminister hat die streikenden Hafenarbeiter, die den Betrieb im Hafen Leinwarden drohen, beurlaubt.

Lehranstalt in Kempten. (Kreuzer.) Die Lehranstalt in Kempten, die durch die Streik der Arbeiter in Kempten gefährdet ist, wird durch die Regierung unterstützt.

Mottenwürmer

Im Inneren der Wollstoffe von Seiden, Pelzwerkstoffen usw. Flederlingen, Motzen usw. zu vermeiden und ist es uns nun gelungen, ein Verfahren darzulegen, um die absolute Vermeidung dieser Motten zu bewerkstelligen.

Palast-Lichtspiele. Nur noch heute! Der vornehme Festspielplan. Denn höher als die Liebe steht die Pflicht. Gesellschafts-Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle: Mia Pankau. Unsere kleine Nachbarin. neuester Possenschlager mit Leo Peukert. Künstler-Quartett. Freudig. Residenz-Theater. Der schwarze Jack.

Colosseum. Gastspiel von Deggis Bauerntheater. Dienstag, d. 22. April 1919. Die Erben. Ein lustiges Stück in 3 Akten von Dr. Wilhelm Hagen. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Ha-Be. Enthaarungsmittel. „Subito“ „Antikrinin“ „Dopplatorin“ von Dr. Thomson. H. Bieler. Kalsorstraße 223. zwischen Douglas- u. Hirschgasse. Zapeten. reichhaltige Auswahl. S. Durand. Douglasstraße 28. Bei d. Postpost. Tel. 2438. Hebern u. Papageierarb. Müllerkolle. s. Diensten. Erfindungen. Patent-Bureau. Schwanenbühl. Württemberg. Tel. 205. Pforzheim.

Städtisches Konzerthaus. Dienstag, den 22. April 1919. Vorstellung des Bad. Landestheaters. Dienstagabend Nr. 20. Der Revolutionär. Drama in 3 Akten von Wilhelm Speyer. Anfang 7 Uhr. Ende 10/10 Uhr. Mittwoch, den 23. April 8 Uhr. Volkstümliches Sinfonie-Konzert der Kapelle des Landestheaters. Mitwirkende: Margarete Bruntsch und Paul Trautvetter. Vortragsfolge: 1. Feierlicher Marsch aus „Die Ruinen v. Athen“ Beethoven. 2. Konzert für Violoncello Allegro moderato Adagio Allegro Paul Trautvetter. 3. Unvollendete Sinfonie in H-Moll. Allegro moderato. Andante con moto. Schubert. 4. Arie der Andromache aus „Achilles“ Bruch. 5. Ouvertüre z. Tannhäuser Wagner. Eintrittspreise: Mk. 1.—, 1.50 und 2.—.

Statt Karten. Erika Dürr Robert Mohwieler Verlobte. Ostern 1919. Konstanz. Holtenau. Karlsruhe. Bahnhofplatz 4. Statt Karten. Hermann Schmid Frida Schmid geb. Weißer Vermählte. St. Georgen i. Schw. Karlsruhe.

Feiner Takt erobert die Herzen. Für jedes sein Dasein bewahrt und mit einem bestimmten Ziele lebender Menschen kann kein Zweifel bestehen, daß er neben anderen Bestrebungen auch bemüht sein muß, sein Taktgefühl zu verfeinern und durchzubilden. Als empfehlenswertes, leicht verdauliches Lebensmittel sei genannt V. v. Lepsch's „Feiner Takt und guter Ton im Verkehr mit Anderen“. Preis Mk. 1.50. Ferner sei bestens empfohlen: Das Buch von der ersten Frau von R. Ardor. Ein wahrer Sonnenblick für freudlose verkümmerte Menschen. Eine Anleitung für alle, die schlichte, einfache und reue Frauen suchen und bisher nicht den rechten Anschluß finden konnten. Preis Mk. 1.50. Gegen den Abergott. Ein Schutz- u. Trutbuch von R. Ardor. Es lehrt die Kunst, den Abergott durch den Verstand zu überwinden. Fr. Mk. 1.50. Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt durch den Verlag: Die Schule des Lebens. Verlagsgesellschaft m. b. H. Nannenburg 4 787/Saale. Bilanz-Ausstellung Gewinnermittlungen Steuererklärungen übernimmt F. W. Wörner, kaufm. Sachverständiger. Telefon 3024. Karlsruhe, Akademiestr. 13. Menschenhaar, Kopf-, Hals-, Fuß- und Schweinshaar kauft jedes Quantum. 3. Eubolianski, Zähringerstraße 28, 11. Residenz-Theater. Waldstraße 30. Der schwarze Jack.

